

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 65 (1971)
Heft: 6

Artikel: Spannungsgeladenes Griechenland
Autor: Kremos, Helen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141909>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 20.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

lagsanstalt, 1968), daß, europäisch gesehen, die Vereinigten Staaten im Jahre 1947-1948 den Entschluß faßten, lieber neuerdings Konkurrenten in Westeuropa und Japan aufzubauen, als daß diese Länder dem kapitalistischen Weltsystem verloren gehen». (Vom Verf. gesperrt.)

Am Anfang seiner Schrift schrieb er noch: «Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit hat ein Staat Weltmacht ausgeübt wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika am Ende des Zweiten Weltkrieges. Und keine Weltmacht hat so schnell ihre absolute Vorherrschaft verloren wie die USA: das 'amerikanische Jahrhundert' dauerte keine zehn Jahre.»

Wie lange wird seine Vorherrschaft in Westeuropa noch dauern?
(Fortsetzung folgt)

Gaudenz Giovanoli

Amerikanische Wirtschaftsgiganten und Konsument

(upi) Gegen die immer stärkeren Konzentrationstendenzen in der amerikanischen Wirtschaft und sich daraus ergebende zusätzliche Kosten für den Verbraucher, haben sich R a l p h N a d e r — durch seine Attacken gegen Autofirmen bekannt — und mehrere mit ihm zusammenarbeitende Anwälte gewandt. In einer Studie heißt es, die praktische Beherrschung von zwei Dritteln der USA-Wirtschaft durch etwa zweihundert riesige Firmen koste die Verbraucher zwischen 48 und 60 Milliarden Dollar. Die Anwendung der vorhandenen Anti-Trust-Gesetzgebung werde unter anderem bei Firmen wie General Motors, wegen äußerst starken politischen Drucks, oft nicht durchgesetzt. Der Stellvertretende Justizminister Richard Kleindienst wird in der Studie beschuldigt, Prozesse zur Verhinderung von Fusionen durch sein Eingreifen unterbunden zu haben.

Aus: «Zürichsee-Zeitung», 8. Juni 1971

Spannungsgeladenes Griechenland

Die Kluft zwischen dem griechischen Militärregime und den Parteipolitikern der früheren parlamentarischen Periode hat sich seit dem Staatsstreich 1967 nicht verringert. Der ehemalige konservative Außenminister A v e r o f f hat in den letzten zwei Jahren mehrmals Vorschläge für eine Überbrückung der gegenwärtigen Diktatur zu einer «gemäßigten» parlamentarischen Regierungsform gemacht. Diese Angebote zur Zusammenarbeit wurden jeweils entweder ignoriert oder schroff zurückgewiesen.

Averoff hat in seinem Interview (Radio Sottens 22. Mai 1971) seine Einstellung zum gegenwärtigen Regime und seine «Brückenthese» klar umrissen. Der Militärdiktatur lastet er an: Verhöhnung der Menschenwürde, Absage an die fundamentalen Freiheitsrechte, Verschleierung der Kontrolle öffentlicher Finanzen und Lüge in allen Belangen. Seiner Ansicht nach ist es nicht nur äußerst schwierig eine Diktatur zu beseitigen, sondern es braucht auch sehr viel Zeit. Um schneller und unblutig zum Ziel zu kommen, bietet Averoff den gegenwärtigen Machthabern so etwas wie ein Ausweichgeleise an, auf welcher der schrittweise Übergang zur demokratischen Regierungsform zu bewerkstelligen wäre. Averoff erklärt, gewisse Offiziere seien für diesen Kompromiß zu haben. Außerdem ist er der Überzeugung, daß die Provinz mit ihrer Landbevölkerung diese Übergangslösung unterstützen würde. Als politischer Führer in dieser von den Obristen akzeptierte Opposition stellt sich der in Paris lebende ehemalige konservative Ministerpräsident **K a r a m a n l i s** zur Verfügung. Averoff gibt zu, daß sein Plan von allen repräsentativen Oppositionspolitikern abgelehnt wird. Andreas Papandreou, der Führer der «Panhellenischen Befreiungsbewegung» (PAK), hat schon immer jede Zusammenarbeit mit Karamanlis abgelehnt. Averoffs Überzeugung, daß die Obersten einen für sie gangbaren Weg suchen, aus ihrer Isolierung herauszukommen, scheint nicht ganz abwegig zu sein, denn Papadopoulos hat kürzlich Abgeordneten der vergangenen parlamentarischen Periode eine Zusammenarbeit angeboten. Verdinoyannis, Spanorigas, Damanos und Varvitsidos waren für einen Dialog bereit. Keiner von ihnen gehört zu den prominenten Parteiführern. Als Gegenleistung für ihre «Regierungsbeteiligung» verlangte Papadopoulos von seinen Gesprächspartnern die Anerkennung der vom Regime ausgearbeiteten Verfassung von 1968, deren Annahme durch das Volk durch gesetzwidrige Maßnahmen zustande kam. Von der Festlegung eines bestimmten Termins für freie Wahlen war nicht mehr die Rede. Gewisse Beobachter interpretieren diesen Vorstoß des Juntachefs als einen Versuch, dem griechischen Regime das so dringend benötigte liberale Image zuzulegen, um die USA von einer sich anbahnenden Wiederherstellung der parlamentarischen Ordnung in Griechenland zu überzeugen. Die Vermutung liegt nahe, daß mit diesem Schachzug gleichzeitig auch eine Zersplitterung der traditionellen oppositionellen Parteien beabsichtigt war. Gefügige Abgeordnete hätten dabei die Rolle einer **S c h e i n o p p o s i t i o n** übernehmen sollen. Doch das Manöver gelang nicht. Nur einer der Gesprächspartner, der in Paris lebende Verdinoyannis, Bruder eines seit dem Staatsstreich florierenden und mit Papadopoulos befreundeten Geschäftsmannes, war für die «Kollaboration» bereit. In Athen haben sich die anerkannten Vertreter der führenden Oppositionsparteien durch eine Veröffentlichung deutlich von dieser angebotenen Zusammenarbeit distanziert. Zu den Unterzeichnern dieser Erklärung gehören die ehemaligen Minister Papaligouras, Rallis, Stephan-

akis, Mavros, Zigdis, Papaspyrou und der aus dem Obersten Gerichtshof entlassene Richter Floros. Sie alle haben ihre Gegnerschaft zum Regime schon verschiedentlich öffentlich bekundet. Kanelopoulos (konservativ), der letzte Ministerpräsident vor dem Staatsstreich, stellte seine persönlich abgefaßte Erklärung der Auslandspresse zur Verfügung. Diese Politiker warnen vor dem T ä u s c h u n g s m a n ö v e r der Obersten.

Schon seit längerer Zeit spricht man von bestehenden G e g e n s ä t z e n innerhalb der Militärjunta. Politische Beobachter versuchen die gegenwärtig zirkulierenden Gerüchte über Zwistigkeiten zwischen Papadopoulos und Angelis, dem Oberkommandierenden der griechischen Streitkräfte, zu deuten. Dieser ist in den amerikanischen Militärkreisen wohl angesehen. Kürzlich begab er sich in die USA, wo er sich mit Vertretern der Administration Nixons besprach. Darauf weilte P a c k a r d, der Unterstaatssekretär des Verteidigungsministeriums auf einem offiziellen Besuch in Athen. Diese Kontakte werden nun gedeutet als Stärkung der Stellung Angelis' sowohl gegen Papadopoulos als auch gegenüber der Gruppe der «harten Offiziere», die Papadopoulos die Macht streitig machen. In diesem Zusammenhang berichtet der *Nouvel Observateur* (no 337), daß viele im höchsten Rang stehende griechische Offiziere Papadopoulos seinen Kreis unkompetenter Berater und seine Intrigentätigkeit vorwerfen, dank welcher er seine Machtposition innehat. Die von Angelis geforderte Versetzung dieser in der Athenregion residierenden Militärs in die Provinz kam nicht zustande, da Papadopoulos offensichtlich nicht wagt, gegen diese intransigenten Offiziere vorzugehen. Daß diese Offiziere nicht nur Angelis und Papadopoulos ein Dorn im Auge sind, sondern auch den USA, zeigt das Auftreten von H i l l e n b r a n d, dem Leiter der Europaabteilung im amerikanischen Außenministerium an einer kürzlich stattgefundenen Tagung des Europarates. Ein von Hillenbrand verlesener Bericht schildert die Aktivität einer Gruppe von jungen nationalistischen Offizieren, die eine «nasserische Politik» verfolgen, und die bei einer eventuellen Machtergreifung sowjetische Hilfe in Anspruch nehmen könnten, was eine empfindliche S c h w ä c h u n g d e r N A T O im Mittelmeerraum zur Folge hätte. Der amerikanische Unterstaatssekretär stellt das Obristenregime als das kleinere von zwei Übeln dar. Seine Werbung um Unterstützung des griechischen Regimes begründet er mit dem Argument, daß die Folterungen an politischen Gefangenen nach den letzten Informationen nachgelassen hätten. Diese Behauptung wird kraß widerlegt durch die anfangs Mai im «Guardian» und den «Sunday Times» veröffentlichten Aussagen von Folterungen an den vier Studenten Kostarakos, Flessas, Provatas und Spiliotis wegen Mitgliedschaft in der Widerstandsbewegung «Rigas Pherraios». Der oben erwähnte Führer der Rechten (ERE), K a n e l l o p o u l o s, unterzog in einer für die ausländischen Pressekorrespondenten bestimmten Erklärung Hillenbrands Exposé einer scharfen Kritik. Er drückt sein

Befremden aus, daß der Vertreter der USA die Alternative einer Unterstützung der demokratischen Kräfte in Griechenland überhaupt nicht in Betracht zieht. Der bekannte Publizist François Bondy schreibt über die Beziehungen der USA zu Griechenland in der «Weltwoche» (30. April 1971) folgendes: «Gewiß ist eines, zahlreiche Griechen, die sich von einem Regime dieser Art gedemütigt fühlen, neigen immer mehr dazu, die USA als Schutzmacht für verantwortlich zu halten, daß es so kam und so blieb. Auch unter Liberalen und sogar Konservativen wächst heute ein erbitterter Antikommunismus, wo früher Freundschaft bestand.»

Gegenwärtig gibt der im Januar 1970 abgeschlossene Vertrag zwischen dem Großreeder *O n a s s i s* und der griechischen Regierung über die Erstellung einer Erdölraffinerie und den Transport des Erdöls durch Tanker Anlaß zur Diskussion. Der Reeder, der sich verpflichtet hatte, 600 Millionen Dollar in Griechenland zu investieren, verlangt jetzt von der griechischen Regierung wegen achtmonatiger Verzögerung der Ratifizierung des Vertrages die Summe von 1225 Millionen Dollar (gestiegene Rohölpreise, Erhöhung der Erstellungs- und Transportkosten). Ein internationales Gremium soll auf Wunsch von Onassis den Schiedspruch betreffend die Höhe der Entschädigungssumme fällen. Der prominente griechische Wirtschaftswissenschaftler *P e z m a z o g l o u*, der im November 1962 den Assoziierungsvertrag zwischen der EWG und Griechenland ausgehandelt hatte, legte in einem Interview (Radio Sottens, 22. Mai 1971) seine Ansicht über die gegenwärtige griechische Wirtschaftslage dar. Anhand von Zahlen verglich er die Wirtschaftslage Griechenlands der Jahre 1967-1970 mit derjenigen von 1960-1967. Er bewies, daß die Periode vor dem Militärputsch eine ausgesprochen ausgewogene, gesunde Wirtschaftsentwicklung aufwies, wohingegen in der jetzigen eine defizitäre Handelsbilanz und eine Zurückhaltung für Kreditgewährung großer internationaler Banken zu konstatieren sei. Des weiteren seien jetzt prosperierende Wirtschaftszweige schon in der Zeit vor der Militärdiktatur angelegt worden. Er erwähnte den am 12. Mai 1967 abgeschlossenen Vertrag zwischen den eben zur Macht gelangten Obersten und der internationalen Gesellschaft *L i t t o n*, der die wirtschaftliche Entwicklung Kretas und des Westpeloponnes vorsah. Von den Hintergründen, warum dieses ,wie es hieß, so vielversprechende Projekt nicht zustande kam, vernahm die Öffentlichkeit nie etwas. Der Fall Onassis konnte hingegen nicht so diskret erledigt werden, denn der Geschäftsmann Onassis stellte seine Schadenersatzforderung öffentlich; dazu kam, daß einige hundert Bauern sich trotz Demonstrationsverbot in Athen versammelten und durch Singen der Nationalhymne gegen geplante Expropriierungen ihres Landes zugunsten von Onassis protestierten. Es wurde auch bekannt, daß der Koordinationsminister Makarezos sich gegen den Vertragsabschluß ausgesprochen hatte und daß die zwei griechischen Wirtschaftsexperten Rodinos-Orlandos und Evlambios, die diesen Vertrag als einen Raub

am griechischen Volk bezeichnet hatten, als Protest von ihren Posten zurücktraten. Papadopoulos blieb fest. Andere ausländische Geschäftspartner sind stets bereit in die Bresche zu springen. In Sicht steht Frankreich mit der Gruppe «Alstom» zur Errichtung von elektrischen Zentralen, Peugeot für eine Montageanlage; die Lieferung von Tanks und Schnellbooten aus Cherbourg ist im Gang. Auf Grund der Militär- und Wirtschaftshilfe von außen vermag sich die Militärjunta zu halten. Mit einem Bruch im Regime, verursacht durch innere Zwistigkeiten, ist kaum zu rechnen, denn die Machtelite richtet sich, wie Averoff meint, nach dem englischen Wort: it is better to hang together in order not to be hanged together.

Die Machtposition der Führerschicht wird durch den unentwegten Widerstand des entmachteten griechischen Volkes ständig untergraben. Die Gegnerschaft zur Diktatur zeigte sich mit aller Deutlichkeit in einem mit 133 Unterschriften versehenen Manifest, das anlässlich des Jubiläums zum 150. Jahrestag (25. März) der Befreiung von der türkischen Herrschaft veröffentlicht wurde. S e f e r i s, Nobelpreisträger für Literatur, gehörte zu den Unterzeichnern. Daneben figurierten Namen von bekannten Richtern, Advokaten, Hochschullehrern, Künstlern und auch von Offizieren aus verschiedenen politischen Lagern.

Die Bombenanschläge der vergangenen Wochen waren vor allem Vergeltungsmaßnahmen gegen K o l l a b o r a t o r e n des Regimes. Durch einen Bombenanschlag wurde großer Sachschaden im zentral gelegenen Warenhaus von Papayannis, einem engen Berater Papadopoulos' angerichtet. Eine andere Bombe zerstörte das Athener Bürogebäude der Zementfabrik «Iraklis», dessen Leiter, Tsatsos, Präsident des «Kleinen Parlaments» ist (siehe NW, Februarheft 1971). Ein kühner und eher heiterer Coup à la Köpenick gelang einer Gruppe motorisierter Widerstandskämpfer, die zur Mittagszeit von ihren Autos aus Tausende von Flugblättern auf den Hauptplatz Athens, den Verfassungsplatz, abwarfen. Dies geschah kurz bevor der Regierungschef Papadopoulos mit seiner Gefolgschaft vorbeifuhr auf dem Weg zur Kathedrale für das Te Deum zur feierlichen Begehung des vierten Jahrestages der Machtübernahme (21. April 1967). Keiner der Flugblattabwerfer konnte gefaßt werden.

Helen Kremos

China im Alleingang

China enttäuscht. Entgegen den Prophezeiungen (und Wünschen) vieler Vertreter der «freien Welt» lebt es noch und ist sogar dabei, bemerkenswerte Fortschritte an fast allen Fronten zu machen. Die grundlegende, alles überschattende Tatsache ist, daß China nun schon zwanzig Jahre